

IPPNW Regio Rhein-Main, c/o Matthias Jochheim, Frankenallee 104, 60326 Frankfurt; T. 069-620317

An den  
Vorstand des CDU-Kreisverbands Frankfurt  
per e-mail: [info@cduffm.de](mailto:info@cduffm.de)

nachrichtlich an:  
Club Voltaire  
per e-mail: [clubvoltaire@t-online.de](mailto:clubvoltaire@t-online.de)

Frankfurt, den 4.02.21

sowie an die Medien

Offener Brief zu einem Passus Ihres Kommunalwahl-Programms; „Antisemitismus“ des Club Voltaire

Sehr geehrte Damen und Herren,  
mit Betroffenheit haben wir folgenden Passus Ihres Kommunalwahlprogramms zur Kenntnis nehmen  
müssen: *„Nachdem der Club Voltaire antisemitischen Bewegungen eine Bühne geboten hat, sind ihm  
sämtliche städtische Zuschüsse zu streichen.“*

Offenbar beziehen Sie sich auf eine Veranstaltung zum Thema der Meinungsfreiheit und ihren  
Gefährdungen in Frankfurt und andernorts - im Frankfurter Titania-Theatersaal im Oktober 2019, bei  
der unsere Vereinigung Mitinitiatorin war. Die Veranstaltung konnte erst durch einen Gerichts-  
beschluss stattfinden, gegen die Intervention insbesondere von Bürgermeister Becker (CDU), der das  
verhindern wollte - mit dem Argument, dort drohten antisemitische Äußerungen.

Es ist einigermaßen absurd, den beteiligten Organisationen und Referent\*innen Antisemitismus  
vorzuwerfen, und dies nun insbesondere gegen den Club Voltaire ins Feld zu führen. Wir sehen in der  
von Ihrer Partei propagierten Streichung des städtischen Zuschusses eine Repressalie gegen eine  
schon traditionsreiche, wichtige Einrichtung des politischen und kulturellen Austauschs, deren Motto  
ihrem Namenspatron Voltaire zugeschrieben wird: „Ich bin zwar anderer Meinung als Sie, aber ich  
würde mein Leben dafür geben, dass Sie Ihre Meinung frei aussprechen dürfen.“ Der Club Voltaire  
hat bewiesen, dass dies nicht nur eine Parole ist, sondern gelebte Praxis, auch indem er Herrn Becker  
zu einer (stark besuchten) Diskussionsveranstaltung einlud, bei der dieser Gelegenheit hatte,  
gemeinsam mit Prof. Brumlik den Konflikt zu erörtern – Brumlik verteidigte das Recht und die  
Notwendigkeit, auch solche kontroversen Themen zur Debatte zu stellen.

Auch unsere IPPNW sieht Grenzen der Meinungsfreiheit da, wo Volksverhetzung, Rassismus und  
Antisemitismus verbreitet werden – aber dies wurde vom Club Voltaire zu keiner Zeit propagiert,  
ganz im Gegenteil. Übrigens ging es bei der genannten Veranstaltung nicht um die umstrittene BDS-  
Bewegung, sondern, wie gesagt, um die Einschränkungen der Meinungsfreiheit auch in Bezug auf

den Nahost-Konflikt, wie sie bedauerlicherweise auch von Bürgermeister Becker wiederholt versucht wurden.

Inzwischen gibt es lebhaftere Debatten zu solchen besorgniserregenden Tendenzen nicht nur in Frankfurt. Ich darf hier Amos Goldberg zitieren, Historiker an der Hebräischen Universität in Jerusalem: ( <https://www.goethe.de/ins/il/de/kul/mag/21581473.html> )

**„Der Beschluss des deutschen Bundestags (gegen BDS, M.J.) ist ein schlimmer Präzedenzfall. Ein Staat (Deutschland) hat aus fragwürdigen Beweggründen in die öffentliche Debatte eingegriffen und Meinungsfreiheit und Proteste beschränkt. Es wird nicht mehr lange dauern, bis jede scharfe Kritik an Israel als antisemitisch bezeichnet wird und damit ihre Legitimität verliert. Damit begehen liberale Demokratien einen schwerwiegenden Verrat an Menschenrechten und Meinungsfreiheit. Diesen Werten sollte sich gerade Deutschland verpflichtet fühlen.“ (Interview mit dem Goethe-Institut)**

Sehr entschieden haben sich auch Repräsentantinnen und Repräsentanten wichtiger deutscher Kultureinrichtungen, darunter der Goethe-Institute, gegen den sogenannten „BDS-Beschluss“ des deutschen Bundestages geäußert: (Plädoyer der „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“) Zitat: ... **Die historische Verantwortung Deutschlands darf nicht dazu führen, andere historische Erfahrungen von Gewalt und Unterdrückung moralisch oder politisch pauschal zu delegitimieren. Konfrontation und Auseinandersetzung damit müssen gerade in öffentlich geförderten Kultur- und Diskursräumen möglich sein. Vor diesem Hintergrund bereitet uns auch die Anwendung der BDS-Resolution des Bundestages große Sorge ...Unter Berufung auf diese Resolution werden durch missbräuchliche Verwendungen des Antisemitismusvorwurfs wichtige Stimmen beiseitegedrängt und kritische Positionen verzerrt dargestellt....“**

(<https://www.hebbel-am-ufer.de/ueber-uns/profil/gg53weltoffenheit/>)

Weder der Club Voltaire noch IPPNW propagieren BDS, aber selbst wenn dies sich anders verhielte,wäre dies kein legitimer Grund, uns Versammlungsräume zu verweigern, wie von Bürgermeister Becker versucht. Stellungnahme des Wissenschaftliche Dienst des Bundestages, Dezember 2020: „Ein Nutzungsausschluß von BDS-nahen Personen oder Gruppen allein wegen zu erwartender unerwünschter Meinungsäußerungen... ist mit Art. 5 Abs. I GG unvereinbar“ (taz, 23. 12. 2020).

Es ist uns wichtig, dass auch die Christlich Demokratische Union selbstkritisch überprüft, ob die Einschränkung der Diskussionsfreiheit durch Raumverweigerung und die Streichung von Zuschüssen legitime Mittel der öffentlichen Debatte sein dürfen.

Über eine Antwort würden wir uns freuen.

Mit den besten Empfehlungen  
für die Regionalgruppe Frankfurt der IPPNW



Matthias Jochheim

